

Über das jüdisch-muslimische Beschneidungsbündnis

Infolge des Kölner Urteils in Sachen Beschneidung von Kleinkindern hat sich eine eigenartige Einheitsfront gebildet. Während sonst zwischen Islam und Judentum ein gespanntes Verhältnis herrscht, kämpft man in dieser Frage Seite an Seite gegen einen unverschämten Staat, dessen Justiz göttliche Gebote weltlich regulieren will. Der Islam wäre von diesem Urteil deutlich weniger betroffen, denn die islamische Beschneidung ist keine absolute Vorschrift, sondern sowas wie eine Empfehlung, die traditionell eingehalten wird und zudem in der Regel nicht an Babys, sondern an schon älteren Kindern vollzogen wird, die Beschneidung hat dort eher den Charakter eines Mannbarkeitsritus, ist also mit Firmung oder Konfirmation vergleichbar. Die islamische Beschneidung in ein Alter zu verlegen, wo die Betroffenen schon mitreden könnten, wäre daher nicht besonders schwierig.

Bei den Juden heißt es dezitiert, die Beschneidung habe im Alter von acht Tagen vollzogen zu werden und wer die Beschneidung verweigere, wäre zu töten¹. Letzteres wird im Judentum schon ziemlich lange nicht mehr gemacht und die Unabdingbarkeit der Beschneidung wurde in der jüdischen Geschichte auch nicht lückenlos befolgt und wird auch heute debattiert. In Israel hatte das deutsche Urteil keineswegs solche Überreaktionen hervorgerufen wie in der deutschen Kultusgemeinde, wo es sogar die Aussage des Rabbiners Yitzhak Ehrenberg gab, eine zeitliche Verlagerung der Beschneidung wäre schlimmer als die physische Vernichtung. In Israel gibt es eine Gruppe namens Kahal, in der Eltern zusammentreffen, welche die Beschneidung von männlichen Babys ablehnen. Demnach müssten diese jüdischen Menschen schlimmer als die Nazis sein, zumindest für Rabbi Ehrenberg.

Gegen ein säkulares Urteil, welches das Recht von Kindern auf körperliche Unversehrtheit über religiöse Gebräuche stellte, bildeten jüdische und muslimische Religionsfunktionäre ein reaktionäres Zweckbündnis gegen das säkular-demokratische Prinzip des Vorrangs der Grund- und Menschenrechte vor Religionsfreiheit. Zwar geht es in der Auseinandersetzung um die Legalität der Beschneidung sicher auch in starkem Maße um das Kindeswohl. Aber darüber hinaus geht es um noch mehr, nämlich um die zukünftige politisch-kulturelle Entwicklung in Deutschland und Europa: Erhalt und Ausbau der säkularen Demokratie = Menschenrechte vor Religionsfreiheit oder zurück zur gesellschaftlichen Vorherrschaft unhinterfragbarer religiöser/irrationaler Diktate, Dogmen und Vorschriften.

Am 8. 9. 2012 gab es in Berlin eine gemeinsame jüdisch-muslimische Kundgebung für die Dominanz religiöser Gebräuche über Strafgesetze und Kinderrechte, an der allerdings nur rund 300 entsprechende religiöse Fanatiker teilnahmen, dort fiel auch die oben zitierte die Holocaustopfer schmähende Aussage des Rabbiners Ehrenberg. Gemeinsamkeiten zwischen Juden und Muslimen im religiösen Bereich haben früher schon zu gemeinsamen Auftritten geführt. Die Islamisten versuchen seit längerer Zeit, vom rassistischen Antisemitismus für sich ein Stück abzuschneiden, indem sie - etwa über die Gemeinschaft der islamischen Staaten - Islamkritik als Rassismus zu definieren versuchten, obwohl gerade die zum Völkermord führende rassistische antisemitische Hetze überhaupt nichts mit Religion zu tun hatte. Eine der berüchtigten Nazi-Parolen hatte gelautet: "Was der Jude glaubt ist einerlei, in der Rasse liegt die Schweinerei", das brüllten in Wien schon im 19. Jahrhundert die Anhänger des Antisemitismus und Deutschnationalisten Georg von Schönerer.

Konkret hatte es bereits 2004 in Deutschland eine gemeinsame Front von strengreligiösen jüdischen und muslimischen Funktionären gegeben. Damals hatten Tierschützer das sogenannte Schächten, also die Schlachtung durch Ausblutung kritisiert und waren dafür eingetreten, diese tierquälereische Schlachtmethode in Deutschland zu verbieten. Dazu hier eine Passage aus einem Interview² mit Mustafa Yenerođlu von der Rechtsabteilung der Milli Görüs³ Köln am 27. Juli 2004:

"Obgleich sich Juden und Muslime oft uneinig gegenüber stehen, weisen deutsche Türken auf die Parallelen mit deutschen Juden hin, wenn sie vom Staat die Billigung ihrer religiösen Rechte einfordern. Mustafa Yenerođlu, Leiter der Rechtsabteilung bei der Milli Görüs, hält es für selbstverständlich, mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland in diesen oder vergleichbaren Belangen zu kooperieren. In einer Podiumsdiskussion in Nordrhein-Westfalen verteidigte er das Recht der Muslime, gemäß islamischem Recht schlachten zu dürfen: ‚Ich habe mit ihnen [Diskussionsteilnehmern] mehrere Stunden gesprochen. Ich haben ihnen rationale Argumente gegeben. [Sie erklärten,] du musst dich in diese Gesellschaft integrieren. Meine Argumente zählten für sie nicht. Dann ergriff der Rabbi, der neben mir saß, das Wort. Er sagte: Ihr [die Deutschen] habt nicht das Recht so zu sprechen. Ihr habt meine Vorfahren massakriert.‘ Daraufhin waren die Deutschen still. Sie konnten nichts mehr sagen. Er hat

¹ Siehe dazu den gesamten Abschnitt in der Genesis: 17, 10 Dies ist mein Bund, den ihr halten sollt zwischen mir und euch und deinem Samen nach dir: alles Männliche werde bei euch beschnitten; 11 und ihr sollt das Fleisch eurer Vorhaut beschnitten. Und das soll das Zeichen des Bundes sein zwischen mir und euch. 12 Und acht Tage alt soll alles Männliche bei euch beschnitten werden nach euren Geschlechtern, der Hausgeborene und der für Geld Erkaufte, von allen Fremden, die nicht von deinem Samen sind; 13 es soll gewißlich beschnitten werden dein Hausgeborener und der für dein Geld Erkaufte. Und mein Bund soll an eurem Fleische sein als ein ewiger Bund. 14 Und der unbeschnittene Männliche, der am Fleische seiner Vorhaut nicht beschnitten wird, selbige Seele soll ausgerottet werden aus ihrem Volke; meinen Bund hat er gebrochen!

² Y. Michael Bodemann, Gökçe Yurdakul, Deutsche Türken, jüdische Narrative und Fremdenangst: Strategien der Anerkennung. In: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden 2009. S. 209 - 238. Zit. n. Krauss, Hartmut (Hrsg.): Feindbild Islamkritik. Wenn die Grenzen zur Verzerrung und Diffamierung überschritten werden. Osnabrück 2010, S. 87f.

³ Auslandsorganisation der religiös-rechtsextremistischen antisemitischen türkischen Partei der Glückseligkeit (Saadet Partisi)

sie dermaßen fertig gemacht, wäre ich an ihrer Stelle gewesen, hätte ich all seine Affronts nicht ertragen können. Ich wäre aufgestanden und gegangen. Aber das ist sein [des Rabbis] Kapital. Sie [die Deutschen] haben sechs Millionen Menschen umgebracht, sie können es nicht wagen, den Raum zu verlassen, [während der Rabbi spricht]. Für die Zeitungen wäre das ein Skandal. [Die Deutschen] hörten [dem Rabbi] bis zum Ende zu. Als wir die Veranstaltung verließen, sagte ich zu ihm [dem Rabbi]: ‚Haben Sie vielen Dank. Sie können auf diese Art handeln. Aber wir wissen nicht, wie wir es machen sollen.‘ Darauf entgegnete er: ‚Ich weiß, dass diese Deutschen einen Groll gegen mich hegen. Das ist beinahe in ihren Genen. Das Beste, was Ihr tun könnt, ist, euch eng neben uns [den Juden] zu stellen. Wir können zusammen [gegen die Deutschen] kämpfen. Unser Wort ist hier nämlich etwas wert, eures ist es nicht.“

Ist man 2012 diesem Ratschlag wieder gefolgt oder war es sozusagen sachlich unabdingbar, auch zum Thema Beschneidung eine religiöse Einheitsfront zu bilden? Ansonsten ist von dieser Einheitsfront wenig zu sehen, wie aktuell auch an den antisemitischen Attacken mit Islamhintergrund in Berlin zu sehen war.

Für indigene Rechtsextremisten und Deutschnationalisten ist das obige Zitat mit rechtsextremistischem türkischen Hintergrund natürlich ein gefundenes Fressen. Weil das haben sie ja schon immer gesagt, dass das deutsche Volk von den Juden geknechtet wird und die mittels Verweis auf den Holocaust alles bekommen, was sie haben wollen. Wenn das nun einer bestätigt, der das sozusagen in einer jüdisch-islamischen Bündnissituation direkt aus Judenmund gehört hat, dann ist das für rassistischen Rechten ein klarer Wahrheitsbeweis für das, was sie ohnehin immer gesagt haben, darum die Fahne hoch und die Reihen fest geschlossen.

Was allerdings kein Anlass dafür sein kann, deswegen die Beschneidung von Kleinkindern zu heiligen.

Für den weiteren Verlauf in Sachen Regelung der Beschneidung ist in Deutschland leider zu erwarten, dass die Politik nicht in Richtung Menschenrechte für Säuglinge und Kleinkinder, sondern in Richtung der Dominanz der Religion über säkulare Rechte gehen wird. **Womit sich nun sogar für Neonazis und Rechtsextremisten die Chance ergeben könnte, sich als Wahrer von Menschenrechten, von Kinderrechten aufzuspielen.** Was zwar keine extrem hohe Wahrscheinlichkeit haben wird, weil in Sachen Schächten, dem rituellen Schlachten, haben sich die Rechten ja 2004 in der oben erwähnten Debatte auch nicht auf wahrnehmbare Weise als Tiereschützer eingebracht.

Aber schauen wir nach!

Bei einer Suche in Google wurde auf der Site der NPD ein Text gefunden, der sich gegen die Beschneidung ausspricht und den Präsidenten des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann zitiert, der gesagt hatte, das Kölner Urteil müsse außer Kraft gesetzt werden, sonst sei das jüdische Leben in Deutschland in Gefahr, denn "dann müssten wir gehen". Die NPD-Antwort dazu: "Die NPD nimmt Dieter Graumann beim Wort und wünscht allen Verstümmelungslobbyisten, religiös motivierten Tierquälern und anderen Fanatikern, die uns Deutschen ihre Vorstellung von Religionsfreiheit aufzwingen wollen, eine gute Heimreise!" Allerdings scheint dieser Bereich für die NPD kein besonders wichtiges Thema zu sein, auf ihrer Homepage wurde das Stichwort "Beschneidung" ansonsten nur im Zusammenhang mit der "Beschneidung" der Meinungsfreiheit⁴ und der deutschen Wirtschaft verwendet.

Auf der Site freiheitlich.me die zu allen deutschen rechten und rechtsextremen Kleinparteien und zu den Rechtsparteien wie der FPÖ oder der Front Nationale in anderen Staaten verlinkt ist, ist jedoch das bekannte Bild "Finger weg von meinem Pimmel" zu finden, das auch auf diversen Sites aus dem linken Bereich zu sehen ist.

Auf der Site der FPÖ waren nur Meldungen zur weiblichen Genitalverstümmelung zu finden, die restlichen Beschneidungen auf dieser Site bezogen sich auch auf Dinge wie die Beschneidung der österreichische Souveränität. Offiziell will sich die FPÖ aus dieser Debatte heraushalten und gibt daher keine Stellungnahme ab.



Das ebenfalls rechtspopulistische von der FPÖ abgespaltete BZÖ ist in dieser Frage auf Seiten der Religiösen, weil sich diese Partei ja schon länger als extrem katholisch gebärdet. Wenn die katholische Kirche für die Beschneidung ist, dann ist es auch das BZÖ. BZÖ-Justiz- und Menschenrechtssprecher Gerald Grosz am 27. 7 2012 in einer Aussendung: "Diese gesamte Diskussion ist an grenzenloser Dummheit und Bösartigkeit kaum mehr zu überbieten. Selbstverständlich wird hier von amtsbekannten Kreisen⁵ versucht, gegen Religionen im Allgemeinen mobil zu machen. (...) Das BZÖ sieht keinen Anlass für eine Änderung der derzeitigen gesetzlichen Lage und plädiert für ein sofortiges Ende der schändlichen Sommerlochdebatte. Dieses Land hat andere Sorgen als auf antireligiöse Komplexe hereinzufallen."

⁴ denn der Meinungsfreiheit für diverse rechtsextremistische und neonazistische Meinungen stehen auch in der BRD entsprechende Gesetze entgegen

⁵ damit meinte er diverse religionskritische Organisationen, im Speziellen Sepp Rothwangl und die "Plattform Betroffener kirchlicher Gewalt", der Ausdruck "amtsbekannt" wird sonst üblicherweise zu strafrechtlich auffälligen Personen angewendet ...

Wie man sieht, ist das rechte Feld in dieser Frage durchaus nicht einheitlich organisiert. Aber auch links herrscht diesbezüglich - nun sagen wir - Meinungsfreiheit, allerdings in geringer Streuung. Im deutschen Bundestag hat am 19. Juli 2012 nur die LINKSPARTEI gegen die Bundestagsresolution gestimmt, dass die Bundesregierung im Herbst einen Gesetzentwurf vorlegen soll, mit der die religiös motivierte Beschneidungen nicht einwilligungsfähiger Knaben legalisiert werde. In Österreich gehen die Parteien davon aus, dass hierzulande die Beschneidung erlaubt ist und daher kein Handlungsbedarf besteht. Erlaubt ist die Beschneidung allerdings nur, weil sie nicht dezitiert verboten ist. Nur seitens der Grünen gab es den Vorschlag, die Frage sachlich zu diskutieren.

Womit man abschließend sagen kann:

Thematisiert wird die Frage der Beschneidung von Babys und Kleinkindern von Säkularisten, Atheisten, einem Teil der Ärzte und von verschiedenen Kinderschutzorganisationen. Die Politik legt sich vor den Religionen mit Beschneidungsbräuchen treuherzig hechelnd deren Füße leckend auf den Boden, Religionsgemeinschaften ohne Beschneidungsbräuchen sind mit den beschneidungsfreudigen Kollegen der diesbezüglichen Religionsfraktionen bedingungslos solidarisch.

Um entsprechende Interessen von Kindern einen wirksamen Schutz vor religiöser irdischer Macht zu geben, wird es intensiver Anstrengungen bedürfen. Gegen die körperliche Unversehrtheit von Unmündigen gerichteten religiösen Interessen agieren zurzeit in einer Einheitsfront, der sich sonst eher feindselig gegenüberstehenden jüdischen und islamischen Glaubensgemeinschaften mit eifriger Unterstützung entsprechend fanatischer katholischer Kreise. Das kann jedoch kein Anlass sein, die Segeln zu streichen und angeblich gottbefohlenen religiösen Traditionen irdische Narrenfreiheit zu geben.
